

ISOR aktuell

Nr. 7/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Juli 1998

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Für eine andere Politik aufgestanden

Es ist der 20. Juni gegen 12 Uhr in Berlin. Wir sind auf dem Platz vor dem Velodrom zu einer der Auftaktveranstaltungen der Großkundgebung, um unsere Stimmen für eine andere Politik in Deutschland zu erheben. Langsam füllt sich der Platz. An einer Laterne befindet sich ein Schild „ISOR e.V.“ Es ist der Treffpunkt aller, die sich hier an diesem Tag auch mit den Forderungen von ISOR einbringen: „Weg mit dem Rentenstrafrecht!“ und „Gegen anhaltenden Sozialabbau!“

Pausenlos treffen Busse ein, insbesondere aus den neuen Bundesländern, aber auch Abordnungen aus Mannheim und anderen westdeutschen Städten. Sie fordern lautstark im Sprechchor „Kohl muß weg – Kohl muß weg!“



Als erster Redner der Auftaktkundgebung am Velodrom ergreift der Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums, Prof. Dr. Wolfgang Richter, das Wort, der eindringlich die Befindlichkeiten der Ostdeutschen artikuliert. Dann sprechen u.a.

- ein Gewerkschafter aus Thüringen,
- ein Schauspieler aus Dresden, der Tucholsky zeitgemäß rezitiert,
- eine Vertreterin der Kirche, die eine andere Ausländerpolitik fordert,
- ein Kabarettist, der auf seine Art die Gebrechen der gegenwärtigen Politik glossiert. Da erzählt er von einem Bauern, der angesichts seiner verzweiferten Lage seine Mistgabel Kohl in den Hintern spießen wollte. Er empfahl ihm, dabei recht vorsichtig zu sein,

um ja Pfarrer Hinze nicht zu verletzen. Angesichts des, gemessen am Wahlvolk Deutschland, noch nicht ausreichenden Widerstand resümiert er, wenn gegenwärtig in Deutschland jemand aufstehe, dann kaum für eine andere Politik, sondern höchstens, um sich ein kühles Bier aus dem Kühlschrank zu holen.

Als einer der letzten spricht der Präsident des Arbeitslosenverbandes Klaus Grehn, der die wachsende Diskriminierung der Arbeitslosen anprangert und eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik fordert.

Dann formiert sich der Demonstrationzug und bewegt sich als ein Teil des Sternmarsches zum Alexanderplatz. Weitere Demonstrationzüge kommen von Mitte/Chausseestraße und aus Kreuzberg.

Auf dem Alex hat ISOR gemeinsam mit der GRH einen Stand eingerichtet, in guter Nachbarschaft mit den anderen Vereinen und Verbänden des ostdeutschen Kuratoriums. Mitglieder des Vorstandes stehen Rede und Antwort. Interessierte Teilnehmer der Kundgebung können sich anhand der letzten Ausgaben von ISOR aktuell und eines für diesen Tag gefertigten Extrablattes über den Verein informieren. Ein Hamburger Ehepaar interessierte sich für alle angebotenen Materialien. „Denn erst haben sie Euch vorgenommen, jetzt nehmen sie uns vor. Deshalb sind wir von Hamburg hierher gekommen.“ Bereits einen Tag nach der Großdemo erreicht uns ein Fax aus Hameln: „Auf der Demo für eine andere Politik erhielt ich an Eurem Stand einige Infos. Ich bin an regelmäßigen Informationen interessiert...“

Abordnungen von TIG geben sich am Stand ein Stelldichein. Zustimmunges Gelächter zu



unserem Plakat: Kohl in die Strafrente. Aber auch die enge Verbundenheit mit ISOR ausdrückende spaßhafte Reaktion: „Bloß nicht. Dann will der vielleicht in die ISOR eintreten – und dann müßte ich ja austreten!“

Beeindruckend die Vielfalt der vertretenen politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und sozialpolitischen Richtungen unter der einen zentralen Losung: „Für eine andere Politik“, die Friedrich Schorlemmer, Käthe Reichel, Horst Schmitthenner, Rudolf Hickel und andere überzeugend begründen.

Die Kundgebung endet mit der Verabschiedung eines „Aufrufes der Berliner Demonstration“ unter der Losung „Andere Politik nötig und durchsetzbar“, in der es u.a. heißt: „Eine andere Politik ist nötig, weil die gesellschaftlichen Probleme anders nicht mehr zu lösen



sind. Eine andere Politik ist durchsetzbar, weil die Menschen nicht nur einen Regierungswechsel, sondern auch eine andere Politik wollen. Deshalb beginnen immer mehr Betroffene zu handeln ... Wir handeln gemeinsam und werden dies weiter tun ... Wir streben eine demokratische, tolerante und antifaschistische Gesellschaft an. Wir verlangen Bürgerrechte für alle hier lebenden Menschen. Wir wollen eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik ... Eine Neue Politik braucht Antrieb durch eine starke außerparlamentarische Bewegung und nicht nur Kreuzchen am Wahltag. Unser Engagement reicht über den Wahltag hinaus ... Wir kämpfen gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und Demokratie, gegen Rassismus sowie Ausgrenzung. Wir werden dies weiter tun.“

Wohlthuend, daß das „Neue Deutschland“ am Montag ausführlich über den Verlauf berichtet hat.

Praxis ...

Die in Erfurt am Runden Tisch vereinten Organisationen, Vereine und Verbände luden die Kandidaten des Wahlkreises Erfurt Stadt für den neuen Bundestag zu einer Veranstaltung ein, auf der sie ihre Auffassungen zu folgenden Problemen darlegen und Fragen beantworten konnten:

● *Wie beurteilen Sie das von der Bundesregierung praktizierte Rentenrecht, die Unterschiede im Rentenwert Ost und West und das AAÜG mit seinen Elementen des politischen Strafrechts?*

● *Wie stehen Sie zur Einhaltung des im Artikel 20 des Grundgesetzes festgeschriebenen Sozialstaatsgebotes sowie zur Sicherung aller sozialen Elemente, die einen Sozialstaat ausmachen?*

● *Welche Lösungen sehen Sie zur Sicherung solcher Grundforderungen wie Sicherung und Schutz vor Gewalt, bezahlbares Wohnen, Lehrstellen und Arbeitsplätze für die Jugend und Kampf gegen die Armut im Alter?*

In einer lebhaft und sachlich geführten Diskussion, in der die Kandidaten manch kritische und peinliche Frage zu beantworten hatten, wurde für jeden der ca. 200 Teilneh-

mer deutlich, welcher Kandidat und welche Partei den besten Lösungsweg in ihr Programm aufgenommen hat.

Die Teilnehmer der Veranstaltung nahmen einstimmig eine Erklärung an, die von den Kandidaten des neu zu wählenden Bundestages fordert,

● die verfassungsmäßigen Grundrechte der BRD zu sichern und keine Aushebelung, in welcher Form auch immer, zuzulassen;

● aktiv für die Sicherung der solidarischen Sozialversicherungssysteme Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung einzutreten;

● sich für Arbeit für alle in diesem Land einzusetzen;

● dafür zu wirken, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält und unsere Kinder und Enkelkinder in eine sozial gesicherte Zukunft gehen können.

Der Runde Tisch beschloß, jährlich Rechenschaft von den gewählten Bundestagsabgeordneten zu diesen Fragen abzuverlangen.

Karl Ruch

... und Theorie

Mit Schreiben vom 27. November und 2. Dezember 1997 wandten wir uns im Namen der Mitglieder der TIG **Eisleben** an das in unserem Wahlkreis gewählte und ansässige Mitglied des Bundestages **Frederick Schulze** (CDU). Unser Ziel war und ist, mit Abgeordneten aller Ebenen, vor allem des Deutschen Bundestages, über die unserer Meinung nach gewollte politische Entscheidung der Mehrheit des Bundestages zum Fortbestand der verfassungsrechtlich bedenklichen Rentenungerechtigkeit und ihrer zunehmenden sozialen und materiellen Folgen ins Gespräch zu kommen. Wir brachten in diesen Briefen unseren Protest gegen das Festhalten an diskriminierenden Rentenkürzungen zum Ausdruck. Auf beide Schreiben gab es vom CDU-MdB **Schulze** keine Reaktion.

Nach angemessener Zeit haben wir uns deshalb beschwerdeführend an den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion **W. Schäuble** und die Präsidentin des Bundestages **R. Süßmuth** gewandt. Wir haben dabei u. a. zum Ausdruck gebracht, daß ein solches Verhalten eines MdB eine grobe Mißachtung berechtigter Anliegen von Bürgern (Wählern) aus seinem Wahlkreis und der Versuch ist, sich

Fragen nicht stellen zu wollen. Weder von **Schäuble** noch von **Süßmuth** eine Antwort. Dafür im Auftrag der Präsidentin des Deutschen Bundestages ein Schreiben des Petitionsausschusses mit einer Belehrung in Sachen „Demokratie“! Neben der bekannten Begründung, weshalb das Petitionsverfahren beendet ist, wurde zu unserer konkreten Beschwerde folgendes wörtlich mitgeteilt:

„In Ihrem Schreiben kritisieren Sie das Verhalten Ihres Wahlkreisabgeordneten. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß nach dem Grundgesetz Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Wie und mit welchen Schwerpunkten ein Abgeordneter sein Mandat ausübt, ist ihm somit freigestellt. Eine Kontrolle oder Einflußnahme würde gegen das Grundgesetz verstoßen...“

Das MdB **Schulze** darf sicher sein, daß wir bei seiner erneuten Kandidatur für den Bundestag bei seinen Wahlveranstaltungen konkrete Fragen zur Sache stellen werden!

Karl Rehbaum

TIG in Kürze

Die TIG **Eisenach** hatte den Bundestagsdirektkandidaten der SPD des Wahlkreises 297, **Eisenach/Mühlhausen**, **Eckhard Ohl**, zur Versammlung am 28. Mai eingeladen. Mitglieder schilderten ihre Befindlichkeiten, forderten

die Gewährleistung grundgesetzlicher Rechte und das Ende der Straffrente. Es kam zum Ausdruck, daß es innerhalb der SPD zu diesem Problem offenbar eine zwiespältige Haltung gibt.

Herr **Ohl** betonte, daß er die Position der Bundestagsfraktion der SPD (Gesetzentwurf zur

Korrektur des RÜG) und die Begründung durch seinen Parteifreund **Dreßler** auf der 15. Bundestagsitzung unterstütze. Dafür erhielt er den Beifall der ca. 75 Versammlungsteilnehmer, darunter auch Gäste vom DBwV und des BRH. Auch dem in der Diskussion geforderten Schlußgesetz steht der SPD-Kandidat positiv gegenüber.

Die TIG **Eisenach** hat sich mit den Unterschriften ihrer Mitglieder an den Kanzlerkandidaten **Gerhard Schröder** gewandt und ihn auf unser Anliegen aufmerksam gemacht. Es erfolgte der Hinweis auf die positive Haltung der Bundestagsfraktion und die gegenteilige seines Referenten aus der niedersächsischen Staatskanzlei.

Insgesamt hat die Aktivität in der TIG zugenommen, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wurde verbessert, und in einer Vielzahl von Schreiben an Politiker und Organisatoren fordern die Mitglieder das Ende des Rentenstrafrechts.

Die TIG wird sich bemühen, weitere Bundestagskandidaten zur Stellungnahme zu veranlassen.

Rolf Raschke



In zwei Versammlungen diskutierten die Mitglieder der TIG **Stralsund** mit Abgeordneten und Spitzenkandidaten der PDS sowie der SPD über das Thema „Für eine andere Politik in Deutschland“. Einmütigkeit herrschte darüber, daß der gravierende Sozialabbau – Renten- und Versorgungsunrecht eingeschlossen – nur durch einen Politikwechsel gestoppt werden kann. Sowohl **Dr. Willibald Jacob** (MdB) und **Dr. Gerd-E. Neumann**, Bundestagskandidat für die PDS, als auch die Vertreter der SPD **Ulrich Frohriep** – Kandidat für den Bundestag und **Dr. Henning Klostermann** – MdL und Kandidat für den Landtag würdigten die Aktivitäten der TIG und empfahlen, sie zielgerichtet fortzusetzen. Recht muß auch im Rechtsstaat erkämpft werden, und Strafrecht darf keinesfalls länger mit Sozialrecht vermischt werden, war die einhellige Quintessenz.

Zum Höhepunkt gestaltete sich eine Versammlung der TIG **Rügen**, auf der der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **Hinrich Kuessner**, zu Gast weilte.

Auch hier gab es Übereinstimmung, daß im Ergebnis des zunehmenden Sozialabbaus ein Politikwechsel dringend geboten ist.

Der Minister unterstrich erneut seine eindeutige Position hinsichtlich des praktizierten Rentenstrafrechts. Es sei grundsätzlich falsch, im Rentenrecht unterschiedliche Maßstäbe anzuwenden. Die SPD könne nicht das Blaue vom Himmel versprechen. Aber das Rentenreformgesetz mit der Absenkung des Rentenniveaus auf 64 Prozent werde, wenn die SPD die Regierung übernimmt, sofort geändert.

Dietrich Richter

Wie in der periodischen Koordinierungsberatung der Ortsverbände **Frankfurt (Oder)** im Januar 1998 beschlossen, fand im Mai eine Veranstaltung statt. Unter der Losung „Im Kampf um Rentengerechtigkeit sind wir fester denn je vereint! Beweist durch Teilnahme Euren Kampfeswillen“ hatten der BRH, die GBM, die GRH, der Bundesgrenzschutz Verband - Ortsgruppe Pensionäre und ISOR e.V. TIG Frankfurt (Oder) diese Veranstaltung vorbereitet und ihre Mitglieder zur Teilnahme mobilisiert. Die Kameradschaft Ehemalige des DBwV trug die Veranstaltung nicht mit, hatte aber ihren Kameraden eine Teilnahme freigestellt. Zu dieser gemeinsamen Veranstaltung waren über 300 Personen erschienen.

Viel Beifall erhielt *Prof. Dr. Detlef Joseph*, der sehr überzeugend zum Thema „Der Bonner Rechtsstaat – und die ungeliebte DDR“ sprach. Er wies für jeden verständlich nach, daß der Bonner Staat im Bunde mit seiner Klassenjustiz alles unternimmt, um die DDR zu delegitimieren, den Einigungsvertrag DDR-BRD zu verdrehen bzw. in Teilen nicht einzuhalten und anzuwendendes DDR-Recht auszuhebeln.

Ebenfalls viel Beifall erhielt der zweite geladene Redner aus Berlin – *Herr Rudelt* (Oberrichter für Arbeitsrecht beim Obersten Gericht der DDR), der besonders zum Rentenunrecht und dem Kampf um Rentengerechtigkeit sprach. Für die Zuhörer wurde klar, daß wir hinsichtlich des zu erwartenden BVerfG-Urteils die Maßlatte und die Erwartungen nicht zu hoch setzen dürfen. Klar wurde aber auch, daß wir den Kampf um Rentengerechtigkeit und gegen Sozialabbau weiter verstärken müssen. Das ist besonders in Vorbereitung der Bundestagswahlen und zur Herbeiführung einer anderen Politik zwingend notwendig.

Unserer Einladung folgend, nahm auch der ISOR-Vorsitzende *Horst Parton* an der Veranstaltung teil. Er berichtete über die vielfältigen und umfassenden Aktivitäten, die ISOR in fester Verbundenheit mit den anderen Verbänden realisierte. Nach den nunmehr erreichten Teilerfolgen im Kampf gegen Rentenunrecht gilt es, die Solidarität der Verbände im Kampf um volle Rentengerechtigkeit weiter zu festigen und im Kampf nicht nachzulassen. *M. Clement*

★

Der Vorstand der TIG **Berlin-Treptow** wandte sich mit einem Brief an seine Gruppenbetreuer, in dem er hervorhob, daß der rechtliche Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts in eine entscheidende Phase getreten ist. Er orientierte, daß es in den kommenden Wochen darauf ankommt, diejenigen Mitglieder zu mobilisieren, die sich bisher noch nicht zum Wort gemeldet haben; Ehefrauen von Petenten zu gewinnen, die die Petitionen ihrer Ehemänner bekräftigen; Witwen von ehemaligen MfS-Angehörigen anzuregen, sich an den Petitionsausschuß zu wenden sowie Mitglieder, die mit 1,0 EP bestraft sind, zu veranlassen, sich zahlreicher als bisher zu Wort zu melden. Dem Brief wur-

den beispielhaft Muster von Briefen beigelegt, die durch persönliche Daten und Gedanken zu ergänzen sind. In dem Brief wurde betont, daß es darauf ankommt, die Aktivitäten nicht auf den Petitionsausschuß zu beschränken, sondern Politiker des Bundes und der Länder einzubeziehen.

Politischer Strafcharakter nachgewiesen

25 ehemalige Angehörige des MfS bzw. deren Hinterbliebene aus der TIG **Wismar** haben sich im Mai mit einer Beschwerde gemäß **Resolution 1503 des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO an das UNO-Zentrum für Menschenrechte in Genf** gewandt und darin die willkürliche Kürzung ihrer Renten als Menschenrechtsverletzung seitens der Bundesrepublik dargelegt. Jeder Beschwerdeführer verdeutlichte anhand einer beigelegten und von ihm unterschriebenen Kurzbiographie, um annähernd welche Summe die aktuelle monatliche Rentenzahlung gegenwärtig reduziert wird. (Die entsprechenden Werte wurden nach der in **ISOR aktuell 11/95** abgedruckten Tabelle errechnet.) Die Fehlbeiträge gegenüber einem vom Rentenstrafrecht unbeschwertem Bürger bewegten sich zwischen 180,- DM bei einer Küchenhilfe und 1500,- DM bei einem Mitglied mit 36 Dienstjahren. Ergänzt wurde die Beschwerde ferner durch amtliche Führungszeugnisse für die Beschwerdeführer, aus denen – bestätigt durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof – ersichtlich war, daß es sich bei allen Unterzeichnern um im juristischen Sinne unbescholtene Bürger handelt.

Mit einer ähnlichen Beschwerde wandte sich der gleiche Personenkreis auch an das **Europäische Parlament in Brüssel**.

In einer kollektiven Petition der TIG wurde ferner der Bundespräsident, *Prof. Roman Herzog*, aufgefordert, bei seinen öffentlichen Bekundungen – im Sinne seines Verfassungsauftrags, nämlich Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben – die Beseitigung des Rentenstrafrechts anzumahnen.

Lutz Tannhäuser

Am 29. Mai 1998 führte die TIG **Delitzsch** den zweiten gemütlichen Abend mit Ehepartnern durch. In angeregter Unterhaltung wurde über die bisherige Arbeit der TIG gesprochen. So haben wir im ersten Halbjahr 1998 fünf neue Mitglieder für unsere TIG gewonnen, damit sind wir gegenwärtig 74 Mitglieder. Es wurde auch auf die bevorstehende mündliche Verhandlung vor dem BVerfG eingegangen und die Hoffnung geäußert, daß unser langer gemeinsamer Kampf mit einem positiven Urteil zum Ende geführt wird.

An alle Vorsitzenden der Fraktionen und der Bundestagsgruppe der PDS wurden Briefe geschrieben, in welchen wir um Antwort baten, wie sie sich nach dem Urteil des BVerfG für dessen schnelle Umsetzung einsetzen werden.

In einem Antwortschreiben der SPD-Bundestagsfraktion wurde mitgeteilt, daß die SPD für die Abschaffung aller „Strafrechtselemente“ aus dem Rentenrecht ist. Die Bundestagsgruppe der PDS hat ihre Initiativen zur Änderung des AAÜG mit übersandtem Material belegt, und sie wird sich für eine schnelle Umsetzung einsetzen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN versprachen eine Stellungnahme, welche bis heute nicht eingegangen ist. Die CDU/CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion hüllen sich in Schweigen. Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Mit Unverständnis wurde von den Anwesenden die Auffassung des Kanzlerkandidaten *Gerhard Schröder* zur Kenntnis genommen. In einem Brief an den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und Sozialexperten *Rudolf Dreßler* wurde um eine klärende Antwort gebeten, leider haben wir bis heute keine Antwort erhalten.

Fritz Neumann

★

Die TIG **Pößneck** hat eine Unterschriftensammlung durchgeführt und an die UNO-Menschenrechtskommission gesandt. 34 Mitglieder haben sich daran beteiligt. 19 ehemalige Angehörige des MfS/AfNS haben Petitionen an den Petitionsausschuß nach Bonn geschickt. Die TIG will weitere Protestaktionen durchführen.

Am 10. Juni wurde eine gemeinsame Wanderung mit Angehörigen nach Schloß Hummelsheim und die Jagdanlage Rieseneck durchgeführt. Ständiger Regen und Sturm hat keinen der 26 Teilnehmer davon abgehalten. Auch für das leibliche Wohl wurde gesorgt. So wurde es ein gelungener Wandertag. *Fritz Wächter*

★★★

Delegiertenkonferenz der GBM

Am 8. Mai fand in Berlin-Karlshorst die Jahreshauptversammlung der GBM, erstmalig als Delegiertenkonferenz, statt, an der eine Delegation von ISOR teilnahm. Vorsitzender *Prof. Wolfgang Richter* konnte eine gute Bilanz der GBM als gesamtdeutsch und international wirkende Menschenrechtsorganisation ziehen. In der Diskussion betonte *Dr. Ursula Schönfelder*: Rentenfragen bleiben wichtiges GBM-Thema. Neben der Darstellung des bisher Erreichten wies sie darauf hin, daß nach wie vor viele vom Rentenstrafrecht betroffen sind, weil sie infolge der Höhe ihres Gehalts zu Verantwortungsträgern für all das der DDR zugeschriebene „Unrecht“ gestempelt werden oder weil sie beim MfS tätig waren. „Auch ihnen sollte unsere Solidarität gelten“.

Weitere Schwerpunkte ihrer Ausführungen waren das Fortbestehen des Versorgungsunrechts und die Benachteiligung der Ostrentner gegenüber den Westrentnern.

ISOR e.V. beglückwünscht den neu gewählten Vorstand der GBM mit seinem wiedergewählten Vorsitzenden, *Prof. Wolfgang Richter*, und wünscht ihm ein erfolgreiches Wirken zur Gewährleistung von Menschenrechten.

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Erich Gaida dankt

Allen Freunden teile ich mit, daß meine 18 Monate währende Erzwingungshaft durch Beschluß der 12. Kammer des Landgerichts Berlin am 28. Mai wegen fehlendem dringenden Tatverdacht beendet wurde.

Sehr herzlich bedanke ich mich für Eure Solidarität, Grüße und Wünsche sowie Zusendungen vieler Mitglieder der ISOR-Gemeinschaft, die an mich gerichtet wurden und mir ständig die Gewißheit vermittelten, nicht allein zu sein. Ich bedanke mich bei allen Freunden, die durch ihre persönliche Anwesenheit den Prozeßverlauf verfolgten. Noch ist mein Verfahren nicht abgeschlossen. Wir kämpfen weiter mit unserer Forderung: Schluß mit der politischen Strafverfolgung.

Bei anderen gelesen

In einem einfühlsamen Beitrag schildert Maxi Wartelsteiner in „Leipzigs Neue“ Nr. 9/98 das Schicksal eines Invalidenrentners, von dem sie nur den Vornamen nennt: Christian. Der gelehrte Forstfacharbeiter wurde nach seinem Wehrdienst Wachmann in MfS-Dienststellen, studierte Jura und arbeitete als Ausbilder für Funk- und Fototechnik – bis zu seiner Erkrankung an multipler Sklerose und der Invalidisierung. „Seither sind eineinhalb Jahrzehnte vergangen ... Geblieben ist ein Mensch im Rollstuhl, der nicht mehr schreiben kann, der keine Kraft und kein Konzentrationsvermögen hat, um mehr als Überschriften in der Zeitung zu lesen ... Der schwerkranke Mann ist und bleibt nach dem Willen der Bonner Regierenden und einiger anderer Racheengel ein Mensch, der es nicht wert ist, menschenwürdig zu leben. Ein bißchen über 1000 Mark im Monat, mehr wird ihm nicht zugestanden.“ Kraft bezieht Christian unter anderem aus dem Ringen von ISOR, deren Mitglied er ist. „Was ist das für ein krankes Land, das selbst an solchen, schon genug Gestraften sein Mütchen kühlt?“ fragt die Autorin.

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand behandelte am 24. Juni u. a. folgende Themen:

- Gedankenaustausch zur Großdemo vom 20. Juni,
- Information zur bevorstehenden mündlichen Verhandlung des BVerfG,
- Einschätzung des Standes des Spendenaufkommens.

Rechtsanwalt Schippert informierte den Vorstand über steuerrechtliche Probleme.



Vom BVerfG erhielt der Vorstand von ISOR e.V. eine Einladung zur mündlichen Verhandlung

am 21. Juli, verbunden mit einem ausführlichen Fragenkatalog. Neben ISOR wurden der BRH, die GBM und die Vereinigung für die gerechte Angleichung der Altersversorgung von Hochschullehrern, Leipzig, eingeladen. Prof. Dr. Azzola wird als Prozeßbevollmächtigter die Fragen des BVerfG beantworten. ISOR e.V. und die GBM haben den Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert das Mandat zur Vertretung der Interessen der Vereine erteilt. Sie werden die Antwort von Prof. Dr. Azzola ergänzen.

Als Sachverständige sind durch ISOR e.V. die Professoren Dr. Edelmann und Dr. Hellmann den Rechtsanwälten beigeordnet.

Mit Beobachterstatus wurde vom Vorstand der ISOR e.V. eine Delegation, der Astrid Karger, Horst Parton, Prof. Dr. Rolf Gruner, Dr. Dietrich Richter und Dr. Rainer Rothe angehören, benannt.



Schritt für Schritt werden durch die Mitglieder die freiwillig eingegangenen Bereitschaftserklärungen als „bare“ Solidarität realisiert. Wie nachfolgende Zahlen deutlich machen, könnte allerdings die Schrittfolge durchaus beschleunigt werden.

Aus den einzelnen Ländern haben zahlenmäßig ihre Erklärungen in Taten (sprich Überweisungen) umgesetzt:

Berlin	158 Freunde
Brandenburg	237 Freunde
Mecklenburg/Vorpommern	368 Freunde
Sachsen	394 Freunde
Sachsen-Anhalt	201 Freunde
Thüringen	97 Freunde

Diese Mittel dienen ausschließlich der Erfüllung des Satzungszwecks von ISOR e.V. Sie sollen für die Entwicklung und Gestaltung des Vereinslebens sowie die soziale Betreuung und Hilfeleistung eingesetzt werden. Daß uns ein Teil dieser Mittel durch Steuern verloren geht, ist in diesem „Steueroasenstaat für große Kapitalien“ unvermeidbar, sollte aber niemanden von der Erfüllung seiner eingegangenen Solidaritätsverpflichtung abhalten.

Der Vorstand dankt allen Freundinnen und Freunden für die im Rahmen der Bereitschaftserklärungen und darüber hinaus geleisteten Spenden und appelliert an die übrigen, soweit sie durch das AAÜG-ÄndG vom Rentenstrafrecht befreit sind, ihre Bereitschaftserklärungen zu erfüllen. Wir wissen, daß sich darunter auch Arbeitslose befinden. Diese Freunde und andere in ähnlicher Lage bitten wir, sich mit ihrem TIG-Vorstand zu verständigen, um einen angemessenen Weg zu finden, die Bereitschaftserklärung zu realisieren.

Dafür zu verwendende Überweisungsträger liegen bei jedem TIG-Vorstand vor.



Der Vorstand spricht allen TIG-Vorständen und Mitgliedern seinen herzlichen Dank für ihren persönlichen Einsatz und die vielfältigen Aktivitäten zum Gelingen der Großdemonstration aus.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

FRITZ ANTIES, Cottbus
 EMIL BADER, Chemnitz
 HELGA BARTH, Berlin-Marzahn
 ANGELIKA BARTHEL, Bad Frankenhausen
 GÜNTER CLAUS, Meißen
 HEINZ DALZ, Bln.-Hohenschönhausen
 ERIKA EGGBRECHT, Bln.-Hohenschönh.
 HEINZ FINDEISEN, Zetteritz
 ROLF HILLENHAGEN, Berlin-Pankow
 MANFRED HOPPE, Leipzig
 GERHARD KALBUS, Berlin-Friedrichsfelde
 HEINZ KILIAN, Berlin-Marzahn
 ARNO KOPSCH, Potsdam
 HANS KOSCHINSKY, Frankfurt/Oder
 INGE KURNITZKI, Berlin-Friedrichsfelde
 HEINZ MASUR, Belzig
 HELMUT MEYER, Berlin-Prenzlauer Berg
 HEINZ NICKEL, Neubrandenburg
 SIEGFRIED OTTO, Berlin-Köpenick
 HEINZ OSSOWSKI, Cottbus
 GÜNTER SAABEL, Berlin-Marzahn
 HEINZ SCHMIDT, Berlin-Pankow
 ULRICH SCHMIDT, Rügen
 ALWIN SCHNICKE, Leipzig
 WALTER SCHRÖDER, Berlin-Prenzlauer Berg
 HORST SCHULZE, Dresden
 KURT SCHWABE, Berlin-Mitte
 WERNER SCHWARZ, Rostock
 GERHARD SIEDE, Alleringersleben
 WOLFGANG STEMLER, Bln.-Hohenschönh.
 KLAUS STOCK, Leipzig
 ANTON STORCH, Grimmen
 SIEGFRIED STREISEL, Görlitz
 ALFONS WARTKE, Rathenow
 GERHARD WEGENER, Berlin-Mitte
 LUCIE WIENIGK, Cottbus
 HERRMANN WITIG, Rostock
 SIGRID ZÄTZSCH, Wildau
 FRITZ ZIPPEL, Berlin-Friedrichshain

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Recht

29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit

„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
 c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
 Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!